

7 Jahre Rana Plaza: Textilindustrie muss globale Verantwortung übernehmen

Konzerne dürfen Aufträge nicht wegen Corona stornieren / Bundesregierung muss Lieferkettengesetz auf den Weg bringen

Am morgigen Freitag jährt sich der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch zum siebten Mal. Anlässlich dieses Jahrestages fordert das globalisierungskritische Netzwerk Attac die Unternehmen der Bekleidungsindustrie auf, Verantwortung für ihre Lieferketten zu übernehmen. Die Bundesregierung müsse zudem ein deutsches Lieferkettengesetz auf den Weg bringen und die Beratung des Entwurfs nicht unter dem Vorwand der Corona-Pandemie verschieben.

Bei dem Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka am 24. April 2013 kamen 1135 Menschen ums Leben. 2438 wurden verletzt, als sie unter den Trümmern begraben wurden.

„2013 waren die Beschäftigten von Rana Plaza betroffen, heute trifft die Corona-Pandemie Millionen von Beschäftigten in Fabriken und Zulieferbetrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie in allen Produktionsländern“, sagt Brigitte Hamm von der Attac-Kampagne Menschenrechte vor Profit. „Während Modekonzerne in Deutschland versuchen, die Folgen der Corona-Krise auf die Allgemeinheit abzuwälzen, drücken sie sich gleichzeitig um ihre Verantwortung in den Produktionsländern.“

So stornieren große Markenfirmen wegen der Pandemie zurzeit ihre Aufträge oder verschieben die Abnahme der bereits genähten Ware. Damit verbleibt deren Bezahlung und die Arbeiter*innen erhalten keine Löhne. Seit Anfang des Jahrtausends haben niedrige Löhne den Aufbau der Bekleidungsindustrie in Bangladesch angekurbelt. Allein im vergangenen Geschäftsjahr machten die Textilausfuhren 84 Prozent der Gesamtexporte aus. Mehr als vier Millionen Textilarbeiter*innen könnten in Folge der Corona-Pandemie ihre Arbeitsplätze verlieren, und das weitgehend ohne soziale Absicherung. Damit ist die Versorgung ihrer Familien gefährdet.

Thomas Köller, ebenfalls aktiv in der Menschenrechts-Kampagne von Attac: „Die Corona-Krise macht die Schwächen der globalisierten Wirtschaft und die wechselseitige Abhängigkeit auf drastische Weise deutlich. Die globalen Herstellungs- und Lieferketten brechen zusammen. Wir können es nicht zulassen, dass die Beschäftigten in den schwächsten Gliedern der Lieferketten am schlimmsten unter den Auswirkungen der Krise leiden. Jetzt geht es auch um globale Solidarität.“

Attac unterstützt die Initiative für ein Lieferkettengesetz. Der Zusammenschluss von 91 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften und kirchliche Akteure, fordert in einer Petition die Bundeskanzlerin auf, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, mit dem Unternehmen verpflichtet werden, auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards zu achten.

Für Rückfragen und Interviews:

- Dr. Brigitte Hamm, Attac-Kampagne Menschenrechte vor Profit, Tel. +49 177 7226 148
- Dr. Thomas Köller, Attac-Kampagne Menschenrechte vor Profit, Tel. +49 179 3202 864

Weitere Informationen:

- Attac-Kampagne Menschenrechte vor Profit: www.attac.de/menschenrechte-vor-profit
- Attac-Webseite zur Corona-Krise: www.attac.de/corona
- Initiative für ein Lieferkettengesetz: <https://lieferkettengesetz.de/aktuelles>